

Axel Schildt

Faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft – Chancen und Risiken (Vortrag in Marburg, 10.7.2015)

Zur Vorbereitung für diesen Vortrag habe ich meine Dissertation über die Strategie der Reichswehrführung am Ende der Weimarer Republik nach sehr langer Zeit wieder angesehen, die ich bei Reinhard Kühnl Ende 1979 eingereicht habe.¹ Was ich überprüfen wollte, war nämlich, ob und wie ich selbst damals mit dem Faschismus-Begriff in meiner ersten zeithistorischen Arbeit umgegangen bin. Ich bin schnell fündig geworden (obwohl natürlich keine Datei mit Suchfunktion existiert). Schon in Fußnote 3 der Einleitung heißt es dort zum Begriff »Faschismus« unter Nennung einiger Literatur: »Eine Legitimation für den Gebrauch des Begriffs bedarf es nach dem heutigen Diskussionsstand m. E. nicht mehr.« Das konnte nur heißen, der Begriff war keineswegs selbstverständlich. Und am Ende der Einleitung hatte ich als Ziel angegeben, mit meiner Arbeit »eine wesentliche Lücke der Ausarbeitung einer genetischen Faschismustheorie zu schließen.« Das meinte, Faschismustheorie mit historischer Empirie in einen Zusammenhang zu bringen, Theorie sollte dem Praxistest des Historikers unterworfen werden, dem sogenannten Vetorecht der Quellen. Dass ich aber überhaupt so ein Ziel, die Überprüfung einer Theorie, aufgestellt hatte, zeigt, dass ich erst auf dem Weg war, ein Historiker zu werden, für den es gar kein Primat philosophischer oder sozialwissenschaftlicher oder sonstiger Theorie geben kann, der sich vielmehr von diversen theoretischen Ansätzen in heuristischer Perspektive anregen lässt, aber sie bei Strafe, bei Höchststrafe, seine Profession zu verfehlen, niemals ganz oder zu großen Teilen übernehmen darf.

Ich habe in Marburg Philosophie, Germanistik, Politikwissenschaft und Erziehungswissenschaft studiert und dabei erst gemerkt, dass mich in allen Fächern nur deren historische Dimensionen, Aspekte und Themen interessiert haben. Vor diesem Hintergrund gelangte ich an Reinhard Kühnl als geeigneten Betreuer für meine erste Staatsexamensarbeit (1977) und dann für meine Dissertation. Ein Seminar habe ich bei ihm nicht besucht, ich hielt mich an seine Schriften, vor allem die *Formen bürgerlicher Herrschaft* und die *Texte zur Faschismuskritik*. Warum ich nach wie vor der Meinung bin, dass Kühnls Werk der dogmatisch-marxistisch-leninistischen Lesart des Faschismus haushoch überlegen war bzw. ist, werde ich später noch ausführen. Während der Zeit der Promotion 1978 – 1980 habe ich mich, nicht mehr in Marburg wohnend, nur zweimal mit Reinhard Kühnl getroffen, in einer Pizzeria in der Biegenstraße. Er erkundigte sich interessiert nach dem Fortgang der Arbeit, half mir mit Empfehlungsschreiben für Archive, etwa für das Zentrale Staatsarchiv der DDR in Potsdam, aber ließ mir wissenschaftlich jeden Freiraum. Ich zögere insofern, mich als »Schüler« von Kühnl zu bezeichnen, abgesehen davon, dass ich die Bezeichnung generell nicht mag.

¹ Axel Schildt 1981: *Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfront-Konzeption der Reichswehrführung um General Kurt von Schleicher am Ende der Weimarer Republik*, Frankfurt/M./New York; ich beschränke mich in diesem Beitrag, für den die ursprüngliche Vortragsfassung beibehalten wurde, auf wenige direkte Buch- und Zitatnachweise; für weitere Hinweise zur Literatur vgl. Axel Schildt 2011: »Faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft«, in: Claua Globisch/Agnieszka Pufelska/Volker Weiß (Hg.): *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*, Wiesbaden: 267 – 279.

Um die Anmerkung zu meiner Dissertation bei Reinhard Kühnl vor 36 Jahren abzuschließen: In der Einleitung meiner Dissertation kommt der Faschismus-Begriff etliche Male vor, in der Regel als Synonym für die NS-Bewegung und das drohende NS-Regime, ich behandelte ja die Zeit bis 1933, aber in den folgenden Kapiteln dann nur selten, und wenn überhaupt, als Quellenbegriff, etwa in der Wiedergabe polemischer Zuschreibungen und Charakterisierungen der NS-Bewegung in der zeitgenössischen sozialdemokratischen und kommunistischen Literatur. Ich werde am Schluss meines Vortrags noch darauf zurückkommen, worin denn dann überhaupt die Anregung für die historische Analyse durch Faschismustheorien bestand – und besteht.

Den Stellenwert von Faschismustheorien in der Geschichtswissenschaft bzw. der Zeitgeschichtsforschung zu umreißen heißt, eine eigene Geschichte zu erzählen, die das Interesse an faschismustheoretischen Angeboten mit ihren spezifischen Konjunkturen nicht allein als wissenschaftsgeschichtlichen, sondern zugleich immer auch als geschichtspolitischen Vorgang versteht. Dieser Dualismus gilt zwar prinzipiell für jedes historische Thema, aber die geschichtspolitische und moralische Aufladung der Auseinandersetzungen um Faschismustheorien markiert eine Besonderheit. Man sollte deren Geschichte kennen, schon weil ansonsten die historischen Implikationen in gegenwärtigen politischen Auseinandersetzungen unbegriffen bleiben würden. Ich will diese Geschichte in vier Punkten knapp skizzieren.

I.

Der erste Punkt betrifft den Diskursrahmen des Kalten Krieges der 1950er und frühen 1960er Jahre, in dem sehr rigide Grenzen des Sagbaren zu beachten waren. Staatspädagogische Tugendwächter vermuteten regelmäßig linke Gesinnung oder gar eine Affinität zur marxistisch-leninistischen Geschichtsideologie der DDR, wenn in der Öffentlichkeit überhaupt von Faschismus und nicht – soweit auf Deutschland bezogen – von »Nationalsozialismus« oder von »Totalitarismus« hinsichtlich des Vergleichs der »beiden deutschen Diktaturen« die Rede war. Dies ist in der Bundesrepublik sogar durch einen Erlass der Kultusministerkonferenz für den Schulunterricht 1962 verbindlich gemacht worden. Wer von »Faschismus« sprach, konnte in den Geruch der Staatsfeindschaft geraten. Insofern verwundert es nicht, dass in der westdeutschen Geschichtswissenschaft bis in die 1960er Jahre hinein der Faschismusbegriff oder faschismustheoretische Ansätze nicht vorkamen.

Für die offiziöse zeitgeschichtliche Forschung stand in der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren an erster Stelle das Institut für Zeitgeschichte in München mit seiner Zeitschrift *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, das ungeachtet einiger problematischer Episoden nicht geringe Verdienste in der frühen quellen-gestützten Forschung über das »Dritte Reich« und seine Vorgeschichten aufzuweisen hat. Allerdings vollzog sich diese Forschung im Duktus eines nachgerade ostentativ theoriefeindlichen Empirismus, hierin dem vorherrschenden Historismus der Zunft folgend.

Zum Ausdruck kam diese Theoriefeindschaft etwa in der verhaltenen Aufnahme von Karl Dietrich Brachers epochalem Werk über die *Auflösung der Weimarer Republik* (1955), dem man empirische Dichte kaum wird

absprechen können.² Dennoch wurde es von vielen Historikern kritisiert, weil es zu viele politikwissenschaftliche Theorieansätze enthielte, die noch dazu von sozialistischen Theoretikern der Zwischenkriegszeit, etwa Ernst Fraenkel, stammten. Bracher gelangte nie auf einen geschichtswissenschaftlichen Lehrstuhl.

Die Theoriefeindschaft vieler Zeithistoriker war keineswegs ideologiefrei. Im Hintergrund des begriffslosen Empirismus standen vielmehr häufig vage Grundannahmen konservativ-christlicher Geschichtsmetaphysik und negativer Anthropologie, die im semantischen Umbau nach 1945 den weltanschaulichen Komfortbedürfnissen bildungsbürgerlicher Schichten entsprachen. Vorstellungen einer Säkularisierung als Erklärung des seelischen Vakuums, des geistigen Nihilismus, der von Dämonen wie Hitler – und noch weit gefährlicher Stalin – habe ausgenutzt werden können, psychohistorische Ansätze über die Verführbarkeit der Massen durch einen charismatischen Führer und die Weltwirtschaftskrise als Generator des Irrationalismus dominierten bereits die sogenannte Schuldebatte der unmittelbaren Nachkriegszeit und prägten die Vorstellungswelt auch der meisten westdeutschen Fachhistoriker, ohne dass diese Vorannahmen intensiv reflektiert worden wären.

Dem stand in der DDR eine Geschichtswissenschaft gegenüber, die auf eine primitive Faschismustheorie dogmatisch verpflichtet wurde, die sogenannte Dimitroff-Doktrin, also die auf dem 13. Plenum des Exekutivkomitees Ende 1933 diskutierte und auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1935 verbindlich festgelegte Formel vom Faschismus als »offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«, faschistische Massenbewegungen fungierten in dieser Perspektive letztlich nur als Agenten oder gar Marionetten der als besonders aggressiv identifizierten Teile des Finanzkapitals. Alle in der Zwischenkriegszeit bereits innerhalb und außerhalb der kommunistischen und sozialistischen Bewegungen vorhandenen differenzierteren Ansätze und Anregungen von marxistischen Theoretikern, die den Zusammenhang von politischer Herrschaftsform und gesellschaftlichen kapitalistischen Strukturen berücksichtigten, aber eine (wie auch immer relative) Eigenständigkeit der faschistischen Bewegung betonten, etwa in der Erklärung der Faszination für Teile der Bevölkerung bei Theodor W. Adorno, Walter Benjamin oder Ernst Bloch, in den Bonapartismustheorien Heinrich Brandlers und August Thalheimers oder Leo Trotzki, oder die den Machtkampf verschiedener staatlicher und parteilicher Instanzen in faschistischen Regimen beschrieben, von Antonio Gramsci bis Franz Neumann und Ernst Fraenkel, fielen aus der schematischen Faschismustheorie, wie sie etwa in der DDR auf ein Podest gehoben wurde, weitgehend heraus. Und alle Bemühungen um eine Flexibilisierung auf der Basis der Dimitroff-Formel konnten daran nichts ändern.

Die Zwangsjacke der Dimitroff-Formel ändert übrigens nichts daran, dass es in der DDR durchaus informative Studien zu einzelnen Phänomenen des »Dritten Reiches« und der NS-Bewegung gab. Letztlich waren die meisten der ungedruckten Dissertationen A und B aus der DDR zur Geschichte des Aufstiegs der faschistischen Bewegung und zum NS-Regime in ähnlicher Weise konventionell gestrickt wie die historistischen Arbeiten aus der Bundesrepublik. Jenseits der Einleitungen mit ihrer obligatorischen Zitation von Marx, Engels,

² Karl Dietrich Bracher 1955: *Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen.

Lenin und Ulbricht und unbeschadet eines gewissen Jargons, zu dem die Inflationierung des Imperialismus-Begriffs gehörte, waren den Arbeiten von DDR-Historikern häufig wichtige Informationen zu entnehmen, zumal die Quellen zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts je zur Hälfte in west- und ostdeutschen Archiven aufbewahrt wurden. Soweit zum Rahmen des Kalten Krieges und dem unproduktiven Dualismus von Vermeidung des Begriffs in der Bundesrepublik und seiner dogmatischen Einengung in der DDR.

II.

Der erste öffentlichkeitswirksame Einbruch in das Tabu, im Westen Deutschlands mit dem Begriff »Faschismus« zu operieren, erfolgte mit dem berühmt gewordenen Buch von Ernst Nolte *Der Faschismus in seiner Epoche* von 1963, das bereits zwei Jahre später eine zweite Auflage erlebte.³ Es ist kein Zufall, dass gerade in der Morgendämmerung einer Liberalisierung der politischen Kultur der Bundesrepublik, in den sogenannten langen 1960er Jahren, diese Veröffentlichung des Marburger Dozenten Furore machen konnte. Das Wichtigste an diesem Buch ist der programmatische Titel. Eher linke Stimmen begrüßten vor allem die Legitimierung des Begriffs, den Nolte allerdings zum einen epochal auf die Zwischenkriegszeit eingrenzte und zum anderen rein geistesgeschichtlich (»phänomenologisch«) verstand. Es ging um den Aufstieg der Massenbewegungen der Action française, des italienischen Faschismus und des deutschen Nationalsozialismus – mit Rückblicken auf die Jahrhundertwende. Weniger als zehn Prozent des 600-Seiten-Werks galten dem Faschismus und Nationalsozialismus an der Macht; vielmehr ging es um Wesensgleichheiten der Bewegungen – übrigens schon mit der These vom Faschismus als bürgerlicher Reaktion auf den Bolschewismus, die später im sogenannten Historikerstreit für große Aufregung sorgte. In diesem Zusammenhang ist zu unterstreichen, dass es durchaus bereits Diskussionen außerhalb Deutschlands gab, etwa in Israel, die als entscheidenden Zeitraum für die Genese von Fragmenten faschistischer Ideologie die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg profilierten – damit wurde das später im sogenannten Historikerstreit von Nolte bemühte Konstrukt eines Kausalnexus von bolschewistischem Terror und Holocaust, der aus der fehlgeleiteten Angstpanik des Bürgertums erklärt wurde, überzeugend widerlegt. Ob Nolte jemals Georg Lukacs' *Zerstörung der Vernunft* gelesen hat, weiß ich nicht. Aber er hatte immerhin das Verdienst, als Herausgabe einer jener gelben Bände der »Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek Geschichte« im Verlag Kiepenheuer und Witsch, eine wichtige Theoriequelle für Historiker und den interessierten akademischen Nachwuchs, den 1967 erschienenen und 1971 in der vierten Auflage veröffentlichten Band *Theorien über den Faschismus* zu edieren.⁴ Die abgedruckten Beiträge reichten von Mussolini bis Clara Zetkin, von Benedetto Croce bis Ernst Bloch, von Joseph Goebbels bis Paul Sering – mithin also Beiträge zur Anregung für das akademische Publikum durch zeitgenössische klassische Texte, nicht aber Vorgaben zur »Übernahme« sozial- oder politikwissenschaftlicher Modelle. Nolte meinte – Ende der 1970er Jahre – rückblickend, dass er keineswegs eine »autonome Faschismustheorie« habe entwickeln wollen; ihm sei es vielmehr darum gegangen, die Totalitarismustheorie zu »diffe-

³ Ernst Nolte 1963: *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française – der italienische Faschismus – der Nationalsozialismus*, München.

⁴ Ernst Nolte (Hg.) 1967: *Theorien über den Faschismus*, Köln.

renzieren, zu historisieren und bis zu einem gewissen Punkt zu entemotionalisieren, aber keineswegs zu überwinden«.⁵

Noltes Sammlung zeitgenössischer Texte der Zwischenkriegszeit zum Faschismus war nur ein Teil der nun einbrechenden theoretischen Suchbewegung im Umfeld der sich entfaltenden Studentenbewegung, die auch charakterisiert wurde durch die Wiederentdeckung undogmatisch-marxistischer Literatur der Zwischenkriegszeit – von Walter Benjamin bis zu Ernst Bloch – in der mit dem Faschismusbegriff gearbeitet wurde (dies gilt etwa für die West-Berliner Zeitschrift *DAS ARGUMENT*), allerdings bezogen sich diese Veröffentlichungen in der Regel auf die Aufstiegsphase zur Macht.

Die Beschäftigung mit Faschismustheorien besaß eine enorme Ausstrahlung über die Neue Linke hinaus. Zu keinem Zeitpunkt war die Bereitschaft in Teilen der westdeutschen Historikerzunft, den Faschismusbegriff und Faschismustheorien offen zu diskutieren – einschließlich des Verhältnisses von Kapitalismus und Faschismus und bis zur Frage der Anwendung des Begriffs auf die Zeit nach 1945 – größer als Ende der 1960er Jahre.⁶

Höhe- und Endpunkt der Selbstverständigungsphase westdeutscher Historiker war ein Kolloquium im Münchner Institut für Zeitgeschichte Ende 1978 mit dem Titel »Totalitarismus und Faschismus«. Die Dokumentation dazu erschien 1980.⁷ Referate hielten neben Karl Dietrich Bracher und Ernst Nolte u. a. Hans Mommsen, Jürgen Kocka, Martin Broszat und Wolfgang Schieder. Reinhard Kühnl war nicht anwesend, ob eingeladen oder nicht, weiß ich nicht. Das Ergebnis des in der Diskussion dieser Tagung erreichten Kompromisses war, dass beide Begriffe, Totalitarismus und Faschismus, nicht mehr als unvereinbar gelten sollten, wobei Jürgen Kocka – sozusagen für die progressive Fraktion – die »wissenschaftliche und politische Überlegenheit eines sorgsam definierten Faschismusbegriffs« postulierte, weil dieser »eher in der Lage [sei], wichtige Elemente des Totalitarismusbegriffs in sich aufzunehmen als umgekehrt.« Der Totalitarismusbegriff, sinnvoll definiert, betone am Nationalsozialismus dessen diktatorische Negation liberal-demokratischer Verfassungsprinzipien, bestimmte Eigenarten des Herrschaftssystems hinsichtlich der ideologischen Mobilisierung durch extremen Nationalismus usw., eben jene Punkte, bei denen Gemeinsamkeiten mit dem Stalinismus bestehen würden, rücke damit aber Regime zusammen, deren soziale Grundlagen, Funktionen und politischen Zielsetzungen sehr unterschiedlich gewesen seien. Ein elaborierter Faschismusbegriff gehe insofern weiter, als er die sozialgeschichtlichen Bedingungen, Inhalte und Funktionen, vor allem die Bedingtheit durch Krisenerscheinungen kapitalistisch-bürgerlicher Systeme seit dem Ersten Weltkrieg, die mittelständische Basis, die Koalition mit sich bedroht fühlenden Eliten, die antisozialistische und antikommunistische Stoßrichtung analysieren lasse. Kocka führte dann noch ein weiteres Argument für die Überlegenheit des Faschismusbegriffs an, dass er nämlich den »historisch variablen Zusammenhang zwischen bürgerlich-kapitalistischen Systemen und dem Faschismus zum zentralen Thema [mache], ohne doch ihre Identität zu behaupten«. Das ist insofern interessant, als hiermit durchaus die Position von Kühnl bestätigt wurde, der

⁵ In der Diskussion auf einer Tagung des Instituts für Zeitgeschichte (s. Anm. 7).

⁶ Vgl. etwa den Handbuch-Artikel von Wolfgang Schieder 1968: »Faschismus«, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. II, Freiburg u. a.

⁷ Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, München 1980; dort die folgenden Zitate.

von »Formen« (im Plural) »bürgerlicher Herrschaft« gesprochen hatte und dem mit wachsendem Abstand in schärferem Ton eben deshalb eine geradezu verfassungsfeindliche Stigmatisierung parlamentarischer Demokratie vorgeworfen wurde, weil sie nur als eine Form bürgerlicher Herrschaft in die Nähe der anderen Form gerückt werde. Interessant ist über diesen Punkt hinaus, dass im Debattenbeitrag von Kocka 1978 (ein Jahr vor der Holocaust-Serie im Fernsehen) der Antisemitismus und die Judenpolitik als entscheidendes Spezifikum des deutschen Nationalsozialismus nicht vorkamen. Im sogenannten Historikerstreit um den Nationalsozialismus Mitte der 1980er Jahre wiederum spielte der Begriff des »Faschismus« bei den Kontrahenten explizit keine Rolle, die betonte »Singularität« des Holocaust schloss ihn für sie geradezu aus.

Ansonsten nehmen faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft mittlerweile eine immerhin mehrheitlich tolerierte, wenn auch eine wohl minoritäre Rolle ein. Zu erwähnen ist in erster Linie die Position von Wolfgang Schieder, der den Faschismusbegriff als sinnvoll und heuristisch wertvoll bezeichnete unter der Bedingung, dass es sich um einen komparatistischen Begriff handeln müsse. Von Faschismus nur im Blick auf den Nationalsozialismus zu sprechen mache keinen Sinn. Schieder unterschied Germano- und Italofaschismus als »im Kern politische Sammlungsbewegungen ohne feste soziale Basis«, die im »gegenrevolutionären Bündnis« mit den alten Herrschaftseliten die Macht erlangten. Vergleiche von Italien und Deutschland ließen sich mit totalitarismustheoretischen Ansätzen nicht durchführen, weil erstens beide Regime keine monolithische Machtstruktur besessen hätten und sich zudem noch darin unterschieden hätten, dass Mussolini Mittler zwischen der faschistischen Bewegung und starken bürgerlich-industriellen, militärischen, monarchischen und kirchlichen Kräften blieb, das Regime also kaum totalitäre Züge aufwies, während man dies für Deutschland durchaus behaupten könne. Wolfgang Schieder hat in seinen über ein halbes Jahrhundert reichenden Forschungen diesen Punkt immer wieder betont.⁸

In europäischer Perspektive unterschied Schieder drei Arten von Faschismus: In Ländern wie Großbritannien und Frankreich habe er nur eine Bewegungsphase aufzuweisen, in anderen wie z. B. Spanien oder Rumänien habe er durchaus die Macht (mit) ergriffen, sei dann aber in nicht primär faschistischen autoritären Regimen aufgegangen. Nur in Deutschland und Italien – mit den erwähnten Unterschieden – sei der Faschismus an die Macht gelangt. Die Ursachen dafür seien in historischen Belastungsfaktoren zu suchen, der krisenhaften Gleichzeitigkeit von Nationsbildung, Verfassungsbildung und industrieller Revolution – und, so wäre zu ergänzen, der daraus erwachsenen Konstellationen des verlorenen Ersten Weltkriegs. In der Bundesrepublik entwickelte sich erst seit den 1980er Jahren eine breite Forschung im Sinne des komparatistischen Faschismusbegriffs Wolfgang Schieders.

III.

Nicht nur die etablierte Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik tat sich schwer mit den im Laufe der 1960er Jahre entstandenen und revitalisierten faschismustheoretischen Ansätzen. Das gleiche gilt für die Vertreter der kommunistischen Dimitroff-Formel. Reinhard Kühnl stellte für sie eine besondere Herausforde-

⁸ Vgl. Wolfgang Schieder 2008: *Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland*, Göttingen.

rung dar, waren seine Publikationen doch ein besonders markanter Ausdruck der enormen Attraktion von »Faschismustheorien« der Neuen Linken in der akademischen Intelligenz um 1970. Seine Bücher zu »Formen bürgerlicher Herrschaft« und zur Faschismustheorie, publiziert bei Rowohlt, wurden fast 200.000 mal verkauft, er war in den 1970er Jahren nicht nur in diesem Verlag in der Reihe rororo-aktuell präsent, sondern veröffentlichte zugleich in explizit linken Verlagen, bei PRV, Röderberg und Distel.

Kühnl war ein Vertreter des, so nannte man das damals, Bündnistheoretischen Ansatzes; er sprach vom »Bündnis zwischen faschistischer Partei und Oberklassen«, allerdings explizit nicht für den Aufstieg der NSDAP zur Massenbewegung: »Was den Aufstieg des Faschismus zur Massenbewegung betrifft, so sind die Ursachen nicht primär in der Unterstützung des Großkapitals zu suchen.«⁹ Erst die Existenz der NSDAP als Massenbewegung und die tiefe Krise konservativer und liberaler Parteien ließ die faschistische Lösung für Teile der »Oberklassen«, aber nicht nur für diese, attraktiv erscheinen. Vor allem der erste Band zur Faschismuskommunikation mit der Aufnahme unterschiedlicher klassischer Texte (August Thalheimer, Wilhelm Reich, Georgi Dimitroff) und eines breiteren Spektrums zeitgenössischer Diskussionsbeiträge (Johannes Agnoli, Wilhelm Alff, Manfred Clemens, Eike Hennig, Klaus Horn, Gerd Schäfer, Reinhard Opitz) kann als linkspluralistisch bezeichnet werden; Kühnl legte dabei explizit großen Wert auf die psychologischen Erklärungsansätze für die Attraktivität und Faszination des Faschismus, davon zeugte die Aufnahme der Texte von Wilhelm Reich und von Klaus Horn. Die Positionen von kommunistischen und DDR-Historikern wurden nicht ausgegrenzt, aber sie dominierten nicht und blieben nicht unwidersprochen. Kühnl hat immer wieder die Dimitroff-Formel und die apologetischen Darstellungen kommunistischer Politik mit ihrer unerträglichen Weichzeichnung des Stalinismus in Darstellungen von Historikern der DDR der Faschismustheorien differenziert kritisiert.¹⁰

Wie antworteten die Verteidiger der sakralisierten kommunistischen Faschismustheorie. Das war insofern heikel, als Reinhard Kühnl hochgeschätzter politischer Bündnispartner war, der sich in vielen Bewegungen engagierte, nicht zuletzt im BdWI. Der Angriff wurde insofern in sehr maßvollem Ton und zum Teil indirekt geführt. Besonders engagierte sich Reinhard Opitz, zugleich ein politisch einflussreicher Funktionär in kommunistischen Vorfeldorganisationen. Ich erwähne gerade diesen, weil ich mich ein wenig gewundert habe, dass in der Rede auf der Trauerfeier für Reinhard Kühnl von Frank Deppe vor einem Jahr (abgedruckt in *Forum Wissenschaft* als Übernahme aus der Zeitschrift *Sozialismus*) neben Reinhard Kühnl auch Reinhard Opitz als einer der »bedeutendsten marxistischen Faschismusforscher in der Bundesrepublik« gewürdigt wurde, so dass man meinen könnte, diese beiden hätten ähnliche Verdienste vorzuweisen oder hätten gar in ähnlicher Richtung argumentiert. Opitz, zwei Jahre älter als Kühnl und 1973 in Marburg mit einer Arbeit über den »Sozialliberalismus« promoviert, war aber lediglich der wichtigste Propagandist der auf der Dimitroff-Formel basierenden kommunistischen Faschismustheorie in der Bundesrepublik. Schon in seiner Dissertation bestimmte er die politisch-ideologische Strömung des Sozialliberalismus »als ausschließlich mit dem Interesse

⁹ Reinhard Kühnl 1970: »Probleme der Interpretation des deutschen Faschismus«, in: *Das Argument*, Heft 58 (1970): 258 – 279, Zitat: 272.

¹⁰ Vgl. etwa Reinhard Kühnl 1979: *Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskommunikation 2. Ein Leitfaden*, Reinbek.

des neuindustriellen Monopolkapitals identisch¹¹, so dass eine Identität von ökonomischer und politisch-ideologischer Frontenbildung hergestellt wurde und politische Repräsentanten wie der aus dem katholischen Zentrum kommende Reichskanzler Heinrich Brüning, der sozialdemokratische jüdische Ökonom Rudolf Hilferding, der von den Nationalsozialisten 1941 in Frankreich verhaftet, gefoltert und ermordet wurde, und der deutschnationale Volkskonservative und Emigrant Gottfried Treviranus allesamt als Vertreter des Sozialliberalismus fungierten¹² – hier führte die Dimitroff-Formel zu verschwörungstheoretischem Unfug, der quellenmäßig nicht zu belegen war.

Die Auseinandersetzung mit Reinhard Kühnl wurde vor allem in der Zeitschrift *DAS ARGUMENT* geführt. 1970 veröffentlichte Reinhard Opitz dort einen Aufsatz, in dem er zunächst Kühnls Verdienste würdigte, den sozialen Kern des NS-Regimes hervorgehoben zu haben, aber dann den grundlegenden politischen Dissens benannte: Mit Kühnls Bestimmung des Faschismus als antidemokratisch und autoritär und seiner Gegner als demokratisch entstehe die Gefahr, »dass sie benutzt werden kann, eine Differenzierungslinie quer durch die Linke zu ziehen«; hier ist der Zusammenhang von wissenschaftlichem und politischem Streit unmittelbar greifbar.¹³

In der Nr. 87 der Zeitschrift *Das ARGUMENT* (1974) rechnete Opitz dann in einem 60seitigen Aufsatz mit allen Kritikern der marxistisch-leninistischen Orthodoxie ab, wobei er das Kunststück fertigbrachte, Reinhard Kühnl nur einmal beiläufig, aber nicht zum Kern der Auseinandersetzungen, zu erwähnen. Stattdessen kassierte der kürzlich verstorbene Linkssozialist Arno Klönne, der in dem von Kühnl herausgegebenen Band *Der bürgerliche Staat der Gegenwart* (Faschismustheorie II, Reinbek 1972) zu Wort gekommen war, Opitz' Hiebe; er trage nur »Verworrenheiten« vor, Hiebe, die aber inhaltlich auch gegen Kühnl gerichtet waren. In seinem Aufsatz plädierte Opitz – wiederum implizit gegen Kühnl – für einen weiten Faschismusbegriff auch in der Gegenwart, in dem Regime mit und ohne Massenbasis (also Militärdiktaturen) vereint wurden. Karin Priester hat diesen Aufsatz im *ARGUMENT* fünf Jahre später treffend kritisiert.¹⁴

Während Reinhard Opitz in seinem Aufsatz im *ARGUMENT* übrigens die von Kühnl edierten Autoren klassischer Texte, die ihm missliebig waren, wenigstens beim Namen nannte, etwa August Thalheimer, sucht man in seinem Hauptwerk, dem 1984 im Verlag Marxistische Blätter erschienenen Band *Faschismus und Neofaschismus* (immerhin 540 Seiten) im Personenregister vergeblich nach solchen renegatischen Unpersonen der kommunistischen Bewegung wie Brandler, Thalheimer und Trotzki, während dagegen Ernst Thälmann Erwähnung findet.¹⁵ Opitz war, bei aller subjektiven Überzeugtheit, eher von politischer Loyalität als von wissenschaftlicher Professionalität bestimmt. Ihn wissenschaftlich auf eine Stufe mit Reinhard Kühnl zu stellen, halte ich für gewagt. Kühnls Hervorhebung der relativen Autonomie faschistischer Bewegungen und faschistischer Regime und Abgrenzung von letztlich ökonomistischen Agententheorien besitzt dagegen nach wie

¹¹ Reinhard Opitz 1973: *Der deutsche Sozialliberalismus 1917 – 1933*, Köln: 214.

¹² Vgl. ebd.: 215.

¹³ Reinhard Opitz 1970: »Fragen der Faschismuskritik. Zu Reinhard Kühnls Bestimmung des Faschismusbegriffs«, in: *Das Argument*, Heft 58 (1970): 280 – 291, Zitat: 285.

¹⁴ Reinhard Opitz 1974: »Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus«, in: *Das Argument*, Heft 87 (1974): 543 – 603, hier: 580 f.; Karin Priester 1979: »Faschismus und Massenbewegung. Kritik an Opitz«, in: *Das Argument*, Heft 117 (1979): 655 – 666.

¹⁵ Reinhard Opitz 1984: *Faschismus und Neofaschismus*, Frankfurt/M.

vor Anregungscharakter und steht in der Tradition der Forschungen Wolfgang Abendroths, nicht aber in der parteikommunistischen Tradition, die wissenschaftlich hilflos der Frage gegenüber verharrte, warum denn nun die Massen dem Faschismus so lange folgten und auch noch, als es offensichtlich war, dass dies nicht in ihrem Interesse lag. Es wäre gut gewesen, wenn der Streit darum in den 1970er Jahren offener – d. h. als politischer – ausgetragen worden wäre.

IV.

Ich komme zu meinem letzten Punkt. Die gesamte Auseinandersetzung um den Faschismusbegriff in Deutschland ist, so wurde argumentiert, nicht ohne die Rahmenbedingungen politischer Kultur zu verstehen. Wenn – am schärfsten Bracher – immer wieder die Differenz von liberaler Demokratie und Nationalsozialismus als wesentlich betont und auf letzterem Begriff beharrt wurde, dann wurde damit – intentional oder nicht intentional – eine andere Wesensgleichheit insinuiert, die von Sozialismus und Nationalsozialismus. Und nichts verdeutlicht wohl stärker die Historizität solcher Begriffsdebatten als die Reaktionen der Teilnehmer an der erwähnten Münchner Tagung 1978. Hans Mommsen protestierte, die von Bracher verwandte Kategorie »liberaldemokratisch« schließe »tendenziell eine demokratisch-sozialistische Position aus, wie ich sie vertrete« und Jürgen Kocka ergänzte: »Wenn Welten zwischen ›bürgerlicher‹ Demokratie und Nationalsozialismus liegen, dann auch zwischen sozialistischer Tradition und Nationalsozialismus.« Man gehe der NS-Propaganda auf den Leim, »wenn man seine Selbstbezeichnung zu einer analytischen Kategorie hochstilisiert.«

Wiederum ist der politisch-kulturelle Hintergrund einzubeziehen: Ende der 1970er Jahre begann eine breite öffentliche Kampagne, dass der Nationalsozialismus in erster Linie Sozialismus gewesen sei. Diese von Zeit zu Zeit revitalisierte Propagandaformel, die letztlich die aus dem Kalten Krieg stammende Gleichsetzung der säkularen Mächte – Nationalsozialismus und Kommunismus – eines dämonischen Kollektivismus verlängerte, erlebte eine starke Konjunktur in den 1990er Jahren mit der zu verharmlosenden Gleichsetzungen einladenden Rede von der »zweiten deutschen Diktatur«, des Postulats, das NS-Regime und die DDR systematisch zu vergleichen.

Die keineswegs zufällig in jenem Zeitraum eingeleitete Diskussion zur Wiederbelebung und der Versuch einer Weiterentwicklung von totalitarismustheoretischen Ansätzen schließt zwar auch die Frage nach einer historisch epochalen Begrenzung – symbolisiert etwa durch den Tod Stalins – ein, ist aber durch die regelmäßig beanspruchte Jahrhundertperspektive viel stärker mit der jüngsten Zeitgeschichte und der Gegenwart verbunden als die Faschismusbegrifflichkeit. Der totalitarismustheoretischen Hausse korrespondiert die strikte historiographische Einhegung des Faschismus-Phänomens.

Während faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft zwar mittlerweile anerkannt, aber gleichwohl minoritär geblieben sind, hat der Diskurs über den Faschismus in Großbritannien, in den USA, in Skandinavien, in Israel eine breitere Linie des Nachdenkens gezogen, weil dort nicht die spezifischen politischen Begrenzungen des Kalten Krieges vorhanden waren wie in Deutschland – allerdings stehen dort häufig eher die ideengeschichtlichen und kulturellen sowie ästhetischen Kontexte, eingebettet in

Theorien der Moderne im Mittelpunkt, etwa in der generischen Faschismustheorie von Roger Griffin, während sozialgeschichtliche Komponenten eher vage aufscheinen.¹⁶

In den Diskussionen über den Faschismus unter deutschen Historikern kommt vor allem die Frage nach der aktuellen Relevanz, dem möglichen Potential des historischen Phänomens Faschismus in unserer Gesellschaft kaum vor. Dies liegt zwar auch an der dafür fehlenden fachlichen Kompetenz. Zumindest aber könnten Historiker darauf hinweisen, dass sich Geschichte zwar nicht wiederholt, schon gar nicht als Wiederaufführung des Zwischenkriegstheaters, gesellschaftliche Strukturähnlichkeiten und Problemlagen aber ähnliche Bedrohungspotentiale in völlig neuer Form ermöglichen könnten. Die in Deutschland vorherrschende strikte zeitliche Eingrenzung des Faschismus-Begriffs auf die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs – seither sind sieben Jahrzehnte vergangen – führte dazu, dass die Geschichtswissenschaft bisher sehr wenig zur Analyse rechtsextremer Bewegungen nach 1945 beigetragen und diese Aufgabe weitgehend an die Politikwissenschaft delegiert hat.

Für die historische Analyse bis 1945 wiederum, und darin ist Jürgen Kocka zuzustimmen, entsteht der Eindruck, dass all diese ideologischen Großbegriffe mittlerweile so überfremdet sind von dem, was die Sozialtheoretiker und Sozialphilosophen treiben, dass sie kaum mehr mit Gewinn auf das eigentliche Geschäft historischer Untersuchung zu beziehen sind. Als Ergänzung kann der Hinweis des Konstanzer Zeithistorikers Sven Reichardt auf den bekannten Umstand gelesen werden, dass es eine – zumal kohärente – Ideologie des Faschismus nicht gebe und besser von Sinnsystemen zu sprechen sei, die in der Analyse der Praxis faschistischer Bewegungen greifbar werden; Reichardt plädiert, hier Antonio Gramsci folgend, für eine »praxeologische« Definition des Faschismus, wobei die Semantik als Teil dieser Praxis zu denken wäre.¹⁷ Zu raten ist also zu möglichst sparsamen Generalisierungen, der möglichst konkreten Analyse konkreter Konstellationen und ihrer ideellen Deutung, die im Übrigen über die Ebene der Praxis hinaus auch die alten Fragen nach der sozialen Trägerschaft und materiellen Interessen zu berücksichtigen hätte. Die historiographische Reflektion des Faschismusbegriffs im Rahmen einer Historik der Moderne ist wichtig, aber nur in heuristischer Absicht als Inspiration und unter Vermeidung der Gefahr, sich für empirische Untersuchungen die Augen durch zu viel formelhafte ideengeschichtliche Theorie verkleistern zu lassen.

Wichtig ist die Sensibilisierung dafür, dass faschistische Bewegungen auf dem Boden bürgerlicher Gesellschaften unter spezifischen historischen Bedingungen entstehen konnten und entstehen können, dass kapitalistische Interessen mit faschistischen Bewegungen und Regimen verknüpft sind, aber diese nicht als simple Agentur solcher Interessen fungieren, sondern gerade ein hämischer volksgemeinschaftlicher Egalitarismus mit seinen In- und Exklusionen die populäre Attraktivität, aber auch die Ambivalenz faschistischer Bewegungen ausmacht. Soweit uns hierfür faschismustheoretische Ansätze Material liefern, sind sie nützlich.

¹⁶ Roger Griffin 2007: *Modernism and Fascism. The Sense of a Beginning under Mussolini and Hitler*, Houndsmills u. a.

¹⁷ Sven Reichardt 2007: »Neue Wege zur vergleichenden Faschismusforschung«, *Mittelweg* 36, Jg. 16, 2007, Heft 1: 9 – 25.